

# Die EU und die USA

Stephan Bierling / Herbert Maier

Die dominierenden Themen der transatlantischen Beziehungen waren die Zukunft der Nato, der Afghanistan-Einsatz, der Konflikt mit dem Iran und die Euro-Schuldenkrise. Dabei zeigten sich zwei große Tendenzen: Erstens waren die USA und die EU-Länder so sehr mit ihren gravierenden Wirtschaftsproblemen beschäftigt, dass kaum Zeit und Energie für internationale Fragen, geschweige denn gemeinsame Initiativen, zur Verfügung stand. Auch ist die Zusammenarbeit beim Management der Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 fast völlig zum Erliegen gekommen. Zweitens schreiten die USA unter Präsident Barack Obama mit schnellen Schritten voran, ihr Engagement im Mittleren Osten zu reduzieren und ihre diplomatischen wie militärischen Ressourcen nach Asien zu verlagern. Europa spielt in der amerikanischen Weltpolitik eine immer geringere Rolle und erfährt allenfalls dann Beachtung, wenn vom alten Kontinent Ungemach etwa in der Form einer kollabierenden Eurozone droht. Obama ist dabei, die Post-9-11-Phase der US-Außenpolitik hinter sich zu lassen. Im Irak holte er im Dezember 2011 die letzten Truppen zurück. In Afghanistan begann die US-Regierung 2012, ihre Kampftruppen zu reduzieren. Bis spätestens 2014, vielleicht auch schon 2013, soll die Sicherheit des Landes in die Hände der einheimischen Sicherheitskräfte übergehen. Die Europäer nahmen dies mit Erleichterung auf, zumal die Niederlande ihre Soldaten schon abgezogen und Frankreich den Abzug seiner Kampftruppen noch im Jahr 2012 verkündet hatten. Auch die anderen Europäer wollen sich möglichst schnell aus einem zunehmend unpopulären und frustrierenden Krieg verabschieden. In der Dauerkrise um das iranische Nuklearprogramm sind die USA und die europäischen Partner an einer Deeskalation interessiert, ohne dass sich bisher ein Kompromiss mit Teheran abzeichnet.

## Die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen

Mehr denn je wurde das Bündnis mit der Frage konfrontiert, welche Rolle die Nato künftig in den transatlantischen Sicherheitsbeziehungen spielen soll. Zwar hat die Nato bereits 2010 mit dem neuen strategischen Konzept einige Antworten darauf gegeben, aber ein Papier bzw. die darin festgeschriebenen Absichtserklärungen lösen die vorhandenen Probleme noch nicht. Die Hinwendung der USA zum Asien-Pazifik-Raum, die im abgelaufenen Jahr konkretere Züge angenommen hat,<sup>1</sup> sowie die anhaltenden finanziellen Zwänge der Nato-Staaten spitzten diese Frage weiter zu. Die USA wenden sicherheitspolitisch den Blick von Europa ab und wollen den Europäern und der EU deshalb mehr Verantwortung in Europa und seiner Peripherie übergeben. Diese unter dem Begriff „Burdensharing“ (Lastenteilung) firmierende Politik wurde erstmals in der Nato-Militäroperation „Unified Protector“ in Libyen virulent. Die vom UN-Sicherheitsrat genehmigte Operation zum

---

1 Vgl. Hillary Clinton: America's Pacific Century, in: Foreign Policy, 189, November 2011, S. 56-63; Department of Defense: Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21<sup>st</sup> Century Defense, Washington, D.C. Januar 2012.

Schutz der libyschen Zivilbevölkerung, die den Sturz von Staatschef Gaddafi durch Rebellengruppen ermöglichte, dokumentierte die neuen Herausforderungen für die Allianz. Ohne die Nato-Luftschläge hätten die Rebellen nicht siegen können. Dies war ein Erfolg der Nato, weil sie einen Beitrag zur Befriedung einer Region in unmittelbarer Nähe zu Europa leistete, insbesondere, da die Operation erstmals unter dem Kommando europäischer Staaten stand. Gleichzeitig offenbarte der Luftkrieg die Mängel in der militärischen Ausstattung der Europäer. Ihnen fehlten bei der Operation Präzisionsmunition, Aufklärungsmittel und Betankungsmöglichkeiten. Rund 90 Prozent der Nato-Militäraktionen waren nur mit Hilfe Amerikas möglich.

In Zukunft sollen deshalb neue Formen der Kooperation die militärische Handlungsfähigkeit gewährleisten. Die Nato nennt das „Smart Defense“ (kluge Verteidigung) und setzt auf Spezialisierung, Priorisierung und multinationale Zusammenarbeit. Auf dem größten Gipfel ihrer Geschichte am 20./21. Mai 2012 in Chicago beschloss die Nato 20 gemeinsame Projekte. So will sie ferngesteuerte Minenräumergeräte kaufen, Depots mit Präzisionswaffenmunition aufbauen oder Luftbetankungsfähigkeiten schaffen. Aber die Schwächen bei Transporthubschraubern und Drohnen sind nach wie vor ungelöst.

Darüber hinaus bleibt die Frage der Souveränitätsabgabe umstritten. Das Bündnis forderte auf dem Gipfel, die Mitsprache von Parlamenten bei Auslandseinsätzen zu modifizieren. Einige Länder, darunter vor allem Deutschland, haben Probleme mit Forderungen nach mehr Zusammenarbeit, wenn dabei der Parlamentsvorbehalt betroffen ist. Insgesamt liegt die Schwierigkeit darin, dass weitere Sparpotentiale nur auszuschöpfen sind, wenn man die gegenseitigen Abhängigkeiten verstärkt, was politisch nicht gewollt ist.

Die EU nennt diese neuen Kooperationsformen „Pooling and Sharing“, ein Konzept, das sie 2010 beschlossen hat, wobei Sharing bedeutet, nationale militärische Fähigkeiten anderen EU-Staaten zur Verfügung zu stellen, und Pooling, Fähigkeiten auf der Grundlage einer gemeinsamen Planung und einer multinationalen Struktur zu bündeln. Das Problem ist auch hier, dass erstens dadurch kaum Geld gespart wird und es zweitens zu viele dieser Projekte gibt – derzeit etwa 100. Der Großteil der Projekte dient zudem nicht dazu, die gemeinsame europäische Verteidigungsfähigkeit zu stärken, was aber in der transatlantischen Diskussion vor allem von amerikanischer Seite gefordert wird, sondern ist auf nationale Ziele ausgerichtet. Der Bereich der Rüstungsindustrie ist fast vollständig ausgeklammert.<sup>2</sup> Eine weitere Herausforderung können die Projekte allesamt nicht lösen: Nicht vorhandene Fähigkeiten, in Europa vor allem bei der Aufklärung, schaffen auch mehr Spezialisierung oder Zusammenarbeit nicht. Hier helfen nur neue Investitionen. Die Bereitschaft dazu ist aber gering. Das Spannungsverhältnis zwischen den USA, die sich sicherheitspolitisch verstärkt auf den asiatischen und pazifischen Raum konzentrieren, und der EU bzw. ihrer Mitgliedstaaten tritt hier offen zu Tage.

### **Abzug aus Afghanistan**

Dominierte in den Jahren zuvor die Frage eines stärkeren Engagements der europäischen Nato-Staaten die Afghanistan-Debatte, so ging es 2011/12 primär darum, wie schnell die truppenstellenden Staaten aus dem Land abziehen. Bezeichnend dafür ist, dass es keine Rolle mehr spielte, ob die Mission 2014 beendet werden kann, sondern nur noch wichtig

---

2 Vgl. Christian Mölling: Pooling und Sharing in EU und NATO. Europas Verteidigung braucht politisches Engagement, keine technokratischen Lösungen, SWP-Aktuell 25, Berlin, Mai 2012, S. 2.

war, wie man ohne großen Streit aus dem Land herauskommt. Im Mai 2012 waren noch 130.000 Isaf-Soldaten aus 50 Nationen in Afghanistan stationiert. Zwar wird der Ausbildungsstand sowie die Loyalität der 352.000 afghanischen Sicherheitskräfte (195.000 Soldaten und 157.000 Polizisten) nach wie vor mit Skepsis betrachtet. Dennoch sehen einige Militärs eine Trendwende. Mitte des Jahres 2012 nahmen in fast allen Isaf-Operationen Afghanen teil, bei 40 Prozent der Einsätze übernahmen sie bereits die Führung. Offiziell hängt die Geschwindigkeit des Isaf-Abzugs davon ab, wie sich die Fähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte entwickeln. Und grundsätzlich galt das Prinzip: „Gemeinsam hinein, gemeinsam hinaus“. Aber der Konsens, die Kampfeinsätze bis 2014 zu beenden, geriet 2012 ins Wanken. Die Staaten wetteiferten geradezu darum, ihre Soldaten am schnellsten nach Hause zu holen. Der am 6. Mai gewählte französische Staatspräsident François Hollande schürte durch die Ankündigung, die französischen Kampftruppen bereits 2012 zurückzuholen, Befürchtungen eines „Abzugswettlaufs“ (Bundesaußenminister Guido Westerwelle). In Chicago versicherte Hollande lediglich, sich bis zum Ende der Isaf-Mission an der Ausbildung afghanischer Truppen zu beteiligen. Ungeklärt bleibt die Frage, wer ab 2015 die jährlich 4,1 Milliarden US-Dollar für den Unterhalt der afghanischen Armee übernimmt.

### **Raketenabwehr, iranisches Atomprogramm und Kampf gegen den Terrorismus**

Ein anderer Streitpunkt – zwar nicht innerhalb der Allianz, aber zwischen der Nato und Russland – ist das geplante Raketenabwehrsystem. Die europäische Raketenabwehr (European Phased Adaptive Approach, EPAA), auf die sich die USA und die europäischen Partner im Rahmen des neuen strategischen Konzepts im September 2010 geeinigt hatten, richtet sich gegen potentielle Angriffe von Staaten, die dem Bündnis feindlich gesinnt sind wie Iran und Nordkorea. Der Schutz der Allianzmitglieder soll auf Kurz-, Mittel- und schließlich Langstreckenraketen ausgedehnt und zu einem Kernelement der kollektiven Verteidigung werden. Bis 2020 soll das System in vier Stufen voll einsatzfähig sein und das europäische Nato-Gebiet schützen. Allerdings opponiert Russland vehement gegen das Programm mit dem Argument, es sei gegen die russische Atomstreitmacht gerichtet. Der russische Generalstabschef Nikolaj Makarow drohte Anfang Mai 2012 sogar mit Präventivschlägen gegen die geplanten Raketenabwehrstellungen. Zwar bot das Bündnis Moskau erneut eine Zusammenarbeit beim Raketenschild an. Russland dringt aber auf eine Beteiligung, bei der es für die Abwehr von Raketen über Teilen des Nato-Gebiets mitverantwortlich wäre. Das lehnt die Nato einhellig ab. Nach Meinung der meisten Experten ist es schlicht falsch, dass die Nato-Raketenabwehr eine Gefahr für die russischen Interkontinentalraketen darstellt.<sup>3</sup> Die Raketenabwehr hat für die Nato auch deshalb enorme Bedeutung, weil sie den Zusammenhalt der Allianz stärken soll.<sup>4</sup>

Im Streit um das iranische Atomprogramm sind nur geringe Fortschritte zu verzeichnen. Teheran soll daran gehindert werden, sein Uran höhergradig anzureichern, da dies eine Voraussetzung für eine militärische Nutzung ist. Die EU, allen voran die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien, sind sich mit den USA einig darüber, Iran davon abzuhalten, sich Atomwaffen anzueignen. Die offizielle Politik der fünf UN-Vetomächte

---

3 Vgl. Michael Ludwig: Moskaus falsche Annahmen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Mai 2012, S. 10.

4 Vgl. Oliver Thränert: Das Raketenabwehrprojekt der NATO. Europäische Interessen und die Umsetzung eines ambitionierten Vorhabens, SWP-Studie S 25, Berlin, September 2011, S. 5.

und Deutschlands (P5+1) war auch im vergangenen Jahr, eine diplomatische Lösung zu finden. Gleichzeitig betonten die USA, sich alle Mittel – auch militärische – vorzubehalten.<sup>5</sup> Die Situation verschärfte sich durch die Spekulationen über einen israelischen Präventivschlag gegen Iran. Positiv war die anhaltend gute Zusammenarbeit der USA und der Europäer. Im November 2011 erreichten sie eine Resolution in der Internationalen Atomenergiebehörde (International Atomic Energy Agency/IAEA), die Iran aufforderte, bis März 2012 alle offenen Fragen zu seinem mutmaßlichen geheimen Atomwaffenprogramm offenzulegen. China und Russland gaben ihre Blockade-Haltung auf – ein Erfolg für die USA und die EU. Aufgrund der unkooperativen Haltung Teherans beschlossen die EU und die USA Anfang 2012 weiterreichende Sanktionen gegen Iran. Die EU einigte sich auf ein Öl-Embargo, das am 1. Juli 2012 in Kraft treten soll. Die USA verhängten Sanktionen gegen die iranische Öl-Industrie. Dennoch war dies nur ein kleiner Erfolg: Russland und China verhinderten im UN-Sicherheitsrat ein härteres Vorgehen. Im Mai 2012, noch vor Inkrafttreten der Sanktionen und des Embargos, gab es bei der IAEA Hoffnung auf eine kooperativere Haltung Teherans, das seine Bereitschaft erklärte, mit der Atombehörde zusammenzuarbeiten und im Rahmen eines Abkommens Zugang zu Anlagen, Personen und Akten des Atomprogramms zu gestatten. Ein Treffen in Bagdad im Mai 2012 verlief aber ernüchternd und zeigte ein weiteres Mal die Hinhalte-Taktik Irans.

Die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist mit einer Ausnahme ohne große Neuerung geblieben: Im April 2012 billigte das Europa-Parlament das Fluggastdatenabkommen zwischen der EU und den USA. Damit ist ein langer Streit rechtlich beigelegt. Das Abkommen ersetzt ein älteres aus dem Jahr 2007. Es regelt den Datenaustausch bei Transatlantikflügen. US-Behörden können nun auf die Daten der Fluggastpassagiere zugreifen und diese für die Suche nach Terroristen auswerten. Kritiker vor allem linker und linksliberaler Parteien und Datenschützer aus fast allen EU-Ländern bemängelten die geringen Datenschutz-Standards des Abkommens. Selbst Vertreter der EU-Kommission hielten das Abkommen für nicht perfekt. Die Bedenken auf europäischer Seite zeigen die unterschiedliche Gewichtung der Methoden bei der Terrorismusbekämpfung und den Stellenwert des Schutzes individueller Daten.

### **Die Euro-Schuldenkrise**

Die 2010 mit voller Wucht ausgebrochene Schuldenkrise zahlreicher Euro-Staaten bedroht nicht nur die europäische Währungsunion und damit einen Kernbereich der EU, sondern wird auch in den USA zunehmend als Problem gesehen. Gelingt es den Krisenländern nicht, die Abwärtsspirale aus wachsender Schuldenlast, höheren Zinsen für Neuemissionen von Staatsanleihen und negativen Wachstumsraten zu durchbrechen, so befürchtet Washington Auswirkungen auf die eigene Wirtschaft. In den USA hat sich nämlich die Rezession des Jahres 2009 als tiefer und der Erholungsprozess als langsamer herausgestellt, als dies die Obama-Regierung bei ihrem Amtsantritt 2009 erwartete. Die Wiederwahlchancen des Präsidenten am 6. November 2012 hängen entscheidend von der ökonomischen Entwicklung ab. Ein Kollaps der Eurozone oder eine schwere Rezession in Europa gepaart mit einer Dollar-Aufwertung würde die US-Exportindustrie – einen der wenigen Lichtblicke in der amerikanischen Wirtschaft – schwer belasten und das ohnehin langsame Wachstum

---

5 Vgl. Reymer Klüver/ Peter Münch: Obama: Ich dulde keine Atomwaffen in Iran, in: Süddeutsche Zeitung, 6.3.2012, S. 1.

weiter schwächen. Zwar haben die US-Banken ihre Investitionen in Staatsanleihen von Euro-Problemländern in den letzten beiden Jahren deutlich reduziert, aber die amerikanische Wirtschaft bleibt verwundbar. Ein Viertel der US-Exporte geht nach Europa, und Ende 2010 hielten Amerikaner Anleihen europäischer Staaten und Unternehmen im Wert von 1,4 Billionen Dollar.<sup>6</sup>

Im Kern der amerikanischen Kritik steht dabei Deutschland. Während die USA massive Konjunkturprogramme auflegen und 2011 und 2012 Haushaltsdefizite von 8 Prozent in Kauf nahmen, um die Wirtschaft anzukurbeln, setzt Berlin auf Defizitabbau, Kürzung der öffentlichen Ausgaben und Privatisierungen bei den Krisenstaaten. Zwar erkennt Washington an, dass die Regierung Merkel nach einigem Zögern bi- und multilaterale Hilfeprogramme für die vor dem finanziellen Bankrott stehenden Staaten Griechenland, Portugal und Irland unterstützte, den Europäischen Rettungsschirm EFSF (European Financial Stability Facility) aufstockte und einen dauerhaften Rettungsfonds ESM (European Stability Mechanism) einzurichten bereit war. Aber die US-Regierung kritisiert, dass Berlin dem Rest der Eurozone eine rigide Sparpolitik verordnet und sich allen Wünschen seiner Nachbarn verweigert, über Eurobonds gemeinsame Anleihen für alle Euroländer aufzulegen oder der Vergabe einer Banklizenz an den ESM und damit der Finanzierung der Schuldenstaaten durch die Europäische Zentralbank zuzustimmen. Auf dem G-8-Gipfel in Camp David am 18./19. Mai 2012 verstärkten die USA ihre langandauernde und nachdrückliche Kampagne für Wachstumsprogramme in Europa. Mit der Unterstützung Hollandes, nach dessen Wahlsieg über Nicolas Sarkozy Frankreich in das Lager der Anhänger von Konjunkturprogrammen gewechselt ist und Bundeskanzlerin Angela Merkel den wichtigsten Mitstreiter für ihre Stabilitätspolitik verloren hat, konnte Obama im Gipfel-Communiqué als ersten Satz durchsetzen, dass die Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen das Gebot der Stunde sei.<sup>7</sup> Dies stellte eine deutliche Akzentverschiebung weg von der deutschen Position dar und signalisiert eine Aufweichung der Austeritätspolitik, die Berlin den europäischen Krisenstaaten verordnet. Damit entspannt sich zwar der deutsch-amerikanische und innereuropäische Disput um den richtigen Weg zur Bekämpfung der schwersten ökonomischen Krise seit 1945. Ob eine laxere Schuldenpolitik aber das richtige Rezept für den Zusammenhalt der Eurozone ist, dürfte sich an den Finanzmärkten entscheiden.

## Ausblick

Angesichts der lähmenden Effekte der schwersten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren sind die USA und die EU-Länder außenpolitisch derzeit nur eingeschränkt handlungsfähig. Keine Seite ist bereit, nach den verlustreichen und kostenintensiven Kriegen im Irak und in Afghanistan weitere groß angelegte Militäreinsätze zu initiieren. Der Verlauf des Libyenkriegs, als die Unterstützung der Rebellen nur aus der Luft erfolgte, die Ablehnung jedes militärischen Eingreifens in Syrien und der Wille, es zu keinem bewaffneten Konflikt mit Iran kommen zu lassen, dokumentieren das Bemühen, sich auf keine Interventionen mit unabsehbaren Folgen und nicht vorherzusagender Dauer mehr einzulassen. Gleichzeitig verhindern nationale Interessen eine bessere Koordinierung und Zusammenlegung der

---

6 Vgl. Binyamin Apelbaum: Possibility of a Greek euro exit loses its sting, in: International Herald Tribune, 19./20.5.2012, S. 11/14, hier S. 14.

7 Camp David Declaration; <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2012/05/19/camp-david-declaration>.

europäischen Verteidigungskapazitäten. Europa wird im Ernstfall also weiter und tendenziell eher stärker von den militärischen Fähigkeiten der USA abhängig sein. Das ist in Anbetracht der Umorientierung Amerikas Richtung Asien keine angenehme Perspektive für Europa. Die transatlantische Gemeinschaft verliert aufgrund des Machtzuwachses Ost- und Südasiens, aber auch aufgrund der Zögerlichkeit vieler der sie tragenden Staaten zunehmend ihre Rolle als wichtigster Gestalter der internationalen Sicherheits-, Wirtschafts- und Währungspolitik.

### Weiterführende Literatur

- Alcaro, Riccardo: Learning From a Troubled Experience – Transatlantic Lessons from the Nuclear Standoff with Iran, in: *International Spectator* 4/2011, S. 115-136.
- Bindi, Federiga M.: *Frontiers of Europe: a transatlantic problem?* Washington, D.C. 2011.
- Conley, Heather A.: The end of the West: the once and future Europe, in: *International Affairs* 4/2011, S. 975-984.
- Dalder, Ivo/Stavridis, James: NATO'S Victory in Libya, in: *Foreign Affairs* 2/2012, S. 2-7.
- Davidson, Jason: *America's allies and war: Kosovo, Afghanistan, and Iraq*, New York 2011.
- Derian, James: Quantum Diplomacy, German-US Relations and the Psychogeography of Berlin, in: *Hague Journal of Diplomacy* 3/4/2011, S. 373-392.
- Dorman, Andrew M.: *The future of transatlantic relations: perceptions, policy and practice*, Stanford 2011.
- Erästö, Tytti: Transatlantic diplomacy in the Iranian nuclear issue – Helping to build trust? In: *European Security* 3/2011, S. 405-430.
- Dorman, Andrew M./Kaufman, Joyce P. (Hrsg.): *The Future of Transatlantic Relations: Perceptions, Policy, and Practice*, Stanford 2011.
- Fröhlich, Stefan: *The new geopolitics of transatlantic relations: coordinated responses to common dangers*, Washington 2012.
- Hanhimaki, Jussi M.: *Transatlantic relations since 1945: An introduction*, London 2012.
- Hannan, Daniel: *Why America must not follow Europe*, New York 2011.
- Höse, Alexander: *Die Bedeutung Europas in der Außenpolitik der USA*, Wiesbaden 2012.
- Moss, Ken: War Powers and the Atlantic Divide, in: *Orbis* 2/2012, S. 289-307.
- Newman, Abraham: Transatlantic flight fights: multi-level governance, actor entrepreneurship and international anti-terrorism cooperation, in: *Review of International Political Economy* 4/2011, S. 481-505.
- Rhodes, Martin: Introduction: EU and US Responses to the Financial Crisis, in: *European Political Science* 3/2011, S. 359-365.
- Smith, Michael: European Responses to US Diplomacy: 'Special Relationships', Transatlantic Governance and World Order, in: *Hague Journal of Diplomacy* 3/4/2011, S. 299-317.
- Sommer, Theo: *Diese Nato hat ausgedient. Das Bündnis muss europäischer werden*, Hamburg 2012.
- Voskopoulos, George: Transatlantic Relations, Alliance Theory and the Limits of Soft Power: A Realist Perspective, in: *IUP Journal of International Relations* 3/2011, S. 35-52.